

**No. 37705**

---

**Germany  
and  
The Former Yugoslav Republic of Macedonia**

**Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of The former Yugoslav Republic of Macedonia concerning the encouragement and reciprocal protection of investments. Ohrid, 10 September 1996**

**Entry into force:** *17 September 2000 by notification, in accordance with article 13*

**Authentic texts:** *German and Macedonian*

**Registration with the Secretariat of the United Nations:** *Germany, 15 August 2001*

---

**Allemagne  
et  
Ex-République yougoslave de Macédoine**

**Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'ex-République yougoslave de Macédoine relatif à la promotion et à la protection mutuelle des investissements. Ohrid, 10 septembre 1996**

**Entrée en vigueur :** *17 septembre 2000 par notification, conformément à l'article 13*

**Textes authentiques :** *allemand et macédonien*

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies :** *Allemagne, 15 août 2001*

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der mazedonischen Regierung  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die mazedonische Regierung –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen  
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen  
von Investoren des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen  
Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher  
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirt-  
schaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker  
zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

**Artikel 1**

**Begriffsbestimmungen**

1. Der Begriff „Kapitalanlagen“ umfaßt Vermögenswerte jeder Art, insbesondere:
  - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
  - b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
  - c) Ansprüche auf Geld oder andere Leistungen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
  - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
  - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt. Der Begriff „Kapitalanlagen“ umfaßt nicht Forderungen aus Handelsgeschäften, die den Erwerb von Gütern oder Dienstleistungen zum Gegenstand haben, oder Kredite, sofern es sich nicht um Darlehen handelt, die nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungähnliche Darlehen).
2. Der Begriff „Erträge“ umfaßt die Beträge, die auf eine Kapitalanlage anfallen, insbesondere Gewinnanteile, Zinsen, Dividenden, Lizenz- oder andere Entgelte.

3. Der Begriff „Investor“ umfaßt „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“ beider Vertragsparteien wie folgt:
- a) „Staatsangehörige“
    - i.) in bezug auf deutsche Staatsangehörige:  
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
    - ii.) in bezug auf mazedonische Staatsangehörige:  
Staatsangehörige der mazedonischen Republik;
  - b) „Gesellschaften“ in bezug auf beide Vertragsparteien:  
Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft, oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.  
Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.
4. Der Begriff „Hoheitsgebiet“ umfaßt
- a) in bezug auf das deutsche Hoheitsgebiet:  
das deutsche Territorium sowie die Gebiete der ausschließlichen Wirtschaftzone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht die Ausübung souveräner Rechte oder Hoheitsbefugnisse in diesen Gebieten erlaubt,
  - b) in bezug auf das mazedonische Hoheitsgebiet:  
das mazedonische Territorium zu Land, Wasser und in der Luft, in dem die mazedonische Regierung souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt.

#### Artikel 2

##### Förderung und Zufassung von Kapitalanlagen

- (1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.
- (2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.
- (3) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Investoren der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Abkommens. Gleiches gilt für Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge.
- (4) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

#### Artikel 3

##### Behandlung von Kapitalanlagen und Investoren

- (1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Investoren der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten. Gleiches gilt für die Betätigung von Investoren im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

(2) Die Behandlung nach Absatz 1 findet keine Anwendung für Vorrechte, die eine Vertragspartei Investoren dritter Staaten aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit gewährt. Gleiches gilt für Vergünstigungen aufgrund von bestehenden oder zukünftigen Doppelbesteuerungsabkommen oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen.

(3) Als „Betätigung“ im Sinne des Absatzes 1 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Absatzes 1 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Absatzes 1.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

(5) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

#### Artikel 4

##### Eigentumschutz

(1) Jede Vertragspartei gewährt in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei, die in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften vorgenommen sind, vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Marktwert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen, der nicht niedriger sein darf als der LIBOR-Satz. Sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsatzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

#### **Artikel 5**

##### **Transfer**

Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge im Sinne von Artikel 1 Nummer 2;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen, die in Bezug auf Kapitalanlagen gewährt werden;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen;
- f) Einkünfte aus einer Tätigkeit im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

#### **Artikel 6**

##### **Subrogation**

Leistet eine Vertragspartei oder ein von ihr beauftragter Dritter ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte, Ansprüche und Verpflichtungen dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei oder den von ihr beauftragten Dritten an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei oder des von ihr beauftragten Dritten in alle diese Rechte, Ansprüche (übertragene Ansprüche) und Verpflichtungen an, welche die erstgenannte Vertragspartei oder der von ihr beauftragte Dritte in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 bis 4 und Artikel 5 entsprechend.

#### **Artikel 7**

##### **Durchführung des Transfers**

(1) Transferleistungen nach Artikel 4 Absätze 2 bis 4, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich in konvertibler Währung zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs soll nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

(3) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne von Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

**Artikel 8**

**Günstigeres Recht**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

**Artikel 9**

**Anwendung des Abkommens**

Dieses Abkommen gilt auch für Kapitalanlagen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben. Dies gilt nicht für Meinungsverschiedenheiten, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens entstanden sind.

**Artikel 10**

**Meinungsverschiedenheiten  
zwischen den Vertragsparteien**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die Regelungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates, mit dem beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten, als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 7

Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 8 dieses Abkommens anzurufen, bleibt unberührt.

#### **Artikel 11**

##### **Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Vertragspartei und Investoren der anderen Vertragspartei**

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

#### **Artikel 12**

##### **Fortgeltung des Abkommens**

Dieses Abkommen gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

#### **Artikel 13**

##### **Dauer und Kündigung des Abkommens**

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation. Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann das Abkommen jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(2) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt zwischen den Vertragsparteien der am 10. Juli 1989 von der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien unterzeichnete Vertrag über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen außer Kraft.

**Geschehen zu Ohrid am 10. September 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.**

**Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
За Владата на Сојузна Република Германија  
Dr. Klaus Schrammeyer**

**Für die mazedonische Regierung  
За Македонската Влада  
Taki Fiti**



**СПОГОДБА  
МЕЃУ  
ВЛАДАТА НА СОЈУЗНА РЕПУБЛИКА ГЕРМАНИЈА  
И  
МАКЕДОНСКАТА ВЛАДА  
ЗА  
ПОТТИКНУВАЊЕ И ЗАЕМНА ЗАШТИТА  
НА ИНВЕСТИЦИИ**

**Владаша на Сојузна Република Германија**

**и**

**Македонскаша Влада,**

со желба да се продлабочи меѓусебната стопанска соработка меѓу двете држави,

во настојувањето да се создадат поволни услови за инвестиции на инвеститори на едната држава на територијата на другата држава,

согледувајќи дека унапредувањето и договорната заштита на овие инвестиции придонесуваат да заживее приватната стопанска иницијатива и да се зголеми благосостојбата на двата народа,

се договорија за следново:

**Член 1**

**Одредување на поимите**

1. Изразот "инвестиција" опфаќа имоти од секаков вид, а особено:

- а) сопственост врз подвижни и недвижни ствари и други стварни права, како што се хипотеки и заложни права;
- б) права од удели и други видови на учества во друштва;
- в) парични побарувања или други исполнувања кои се во врска со одредена инвестиција;
- г) права од интелектуална сопственост, како што се особено авторски права, патенти, мостри за употреба, индустриски мостри и модели, марки, трговски имиња, производни и деловни тајни, технички процеси, know-how и good will;
- д) јавно-правни концесии, вклучувајќи ги концесиите за истражување и експлоатација.

Промената на формата во која се вложуваат имоти не го менува нивното својство како инвестиција. Поимот "инвестиции" не опфаќа побарувања од трговски зделки, чиј предмет е стекнување стоки или услуги, или кредити, доколку не се работи за заеми кои според намената и обемот имаат карактер на учество (заеми слични на учества).

2. Изразот "приходи" ги опфаќа износите кои произлегуваат од инвестиција, особено удели во добивката, камати, дивиденди, лиценци и други надоместоци.
3. Изразот "инвеститор" опфаќа "државјани" и "друштва" на двете договорни страни, како што следи:
  - а) "државјани":
    - во однос на германските државјани:  
Германци во смисла на Основниот закон на Сојузна Република Германија,
    - во однос на македонските државјани:  
државјани на македонската Република;
  - б) "друштва", во однос на двете договорни страни:  
секое правно лице, како и секое трговско друштво или друго друштво или здружение, со или без статус на правно лице, чие седиште е на територијата на соодветната договорна страна, без оглед на тоа дали неговата дејност е насочена кон остварување добивка.

Независно од други постапки за утврдување на државјанството, за државјанин на една од договорните страни се смета особено секое лице кое поседува национален пасош издаден од надлежните органи на соодветната договорна страна.

4. Изразот "територија" ја опфаќа:

- а) во однос на германската територија:  
германската територија, како и подрачјата на исклучивата стопанска зона и на епиконтиненталниот појас, колку што со меѓународното право е дозволено остварувањето на суверени права или на јурисдикција во овие подрачја,
- б) во однос на македонската територија:  
македонската територија на копно, вода и во воздух, врз која македонската Влада остварува суверени права и јурисдикција во согласност со меѓународното право.

## Член 2

### Поттикнување и одобрување на инвестиции

(1) Секоја договорна страна на својата територија, по можност, ќе ги поттикнува инвестициите на инвеститорите на другата договорна

страна и ќе ги одобрува таквите инвестиции во согласност со своите правни прописи. Таа во секој случај ќе ги третира инвестициите праведно и правично.

(2) Едната договорна страна нема на било каков начин да го ограничува управувањето, одржувањето, употребата или користењето на инвестициите на инвеститори на другата договорна страна на нејзината територија преку произволни или дискриминаторски мерки.

(3) Инвестиции кои во согласност со прописите на едната договорна страна се извршени на нејзината територија од инвеститори на другата договорна страна, уживаат целосна заштита од оваа Спогодба. Истото важи за приходи од инвестицијата, како и за нивните приходи во случај на нивно реинвестирање.

(4) При превоз на стоки и лица кој е во врска со одредена инвестиција едната договорна страна нема да ги исклучува ниту да ги попречува транспортните претпријатија на другата договорна страна и, ако е неопходно, ќе издава дозволи за извршување на транспортот.

### Член 3

#### Третман на инвестициите и на инвеститорите

(1) Секоја договорна страна ќе ги третира инвестициите на нејзината територија кои се во сопственост или под влијание на инвеститори на другата договорна страна, не понеповолно од инвестициите на сопствените инвеститори или инвестициите на инвеститори на трети држави. Истото важи и за дејностите на инвеститорите во врска со одредена инвестиција.

(2) Третманот според став 1 нема да се применува врз привилегии кои една договорна страна им ги пружа на инвеститори на трети држави врз основа на нивното членство во царинска или економска унија, во заеднички пазар или во слободна трговска зона или и поради нивното асоцирање со нив. Истото важи и за повластици врз основа на постоечки или идни спогодби за избегнување на двојното оданочување или на други спогодби за даночни прашања.

(3) За "дејност" во смисла на став 1 се смета особено, но не исклучиво, управувањето, одржувањето, употребата и користењето на инвестиции. За "понеповолен" третман во смисла на став 1 особено се смета: различен третман во случај на ограничувања на набавката на сировини или на помошни материјали, енергија и горива, како и на средства за производство и погонски средства од секаков вид, различен третман во случај на попречување на пласманот на производи во земјата и во странство, како и други мерки со сличен ефект. Мерки кои мораат да се преземат од причини на јавниот ред и мир, на здравјето на луѓето и на моралот не се сметаат за "понеповолен" третман во смисла на став 1.

(4) Одредбите на овој член не обврзуваат ниту една од договорните страни да прошири даночни повластици, ослободувања и намалувања кои според даночните закони им се одобруваат само на физички лица и

друштва со седиште на нејзината територија, и на физички лица и друштва со седиште на територијата на другата договорна страна.

(5) Договорните страни во рамките на своите национални прописи добронамерно ќе ги разгледуваат барањата за влез и престој на лица на едната договорна страна кон сакаат да влезат на територијата на другата договорна страна во врска со одредена инвестиција; истото важи за вработени на едната договорна страна кон во врска со одредена инвестиција сакаат да влезат и да престојуваат на територијата на другата договорна страна за да врнат дејност како вработени лица. Исто така, добронамерно ќе се разгледуваат и барањата за издавање на дозвола за работа.

#### Член 4

##### Заштита на сопственоста

(1) Секоја договорна страна ќе пружи на својата територија целосна заштита и сигурност за инвестициите на инвеститори на другата договорна страна, кои биле извршени во согласност со нејзините правни прописи.

(2) Инвестициите на инвеститори на едната договорна страна на територијата на другата договорна страна можат да бидат експроприрани, национализирани или подложени на други мерки чии последици се еднакви на експропријацијата или на национализацијата, само во интерес на општото добро и со обештетување. Обештетувањето мора да одговара на пазарната вредност на отуѓената инвестиција непосредно пред моментот кога фактичката или претстоечката експропријација, национализација или слична мерка станала позната во јавноста. Обештетувањето мора да се изврши веднаш и се окамува до моментот на исплатата со вообичаената банкарска каматна стапка која не смее да биде пониска од ЛИБОР-стапката. Тоа мора да биде ефективно остварливо и слободно трансферабилно. Најдоцна во моментот на експропријацијата, на национализацијата или на сличната мерка, мора на погоден начин да бидат преземени превентивни мерки за утврдување и извршување на обештетувањето. Мора да постои можност законитоста на експропријацијата, на национализацијата или на сличната мерка и висината на обештетувањето да се проверат во редовна правна постапка.

(3) Право на обештетување постои и тогаш кога со државни мерки се зафаќа во претпријатието кое е предмет на инвестицијата и со тоа значително се ограничува неговата економска супстанца.

(4) Инвеститорите на едната договорна страна, кои поради војна или друг вооружен судир, револуција, вонредна состојба или бунт на територијата на другата договорна страна ќе претрпат загуба на инвестиции, од таа договорна страна ќе бидат третираны не посповолно во поглед на реституцијата, компензацијата, обештетувањето или други надоместоци, отколку нејзините сопствени инвеститори. Ваквите плаќања мора да бидат слободно трансферабилни.

(5) Во поглед на работите уредени со овој член инвеститорите на едната договорна страна го уживаат третманот на најповластена нација на територијата на другата договорна страна.

#### **Член 5**

##### **Трансфер**

Секоја договорна страна им гарантира на инвеститорите на другата договорна страна слободен трансфер на плаќањата во врска со одредена инвестиција, а особено на:

- а) капиталот и дополнителните износи за одржување и проширување на инвестицијата;
- б) приходите во смисла на член 1, точка 2;
- в) износите за отплата на кредити кои се одобруваат во однос на инвестиции;
- г) паричните средства во случај на целосна или делумна ликвидација или отуѓување на инвестицијата;
- д) обештетувањата предвидени во член 4;
- ф) приходите од дејност која е во врска со одредена инвестиција.

#### **Член 6**

##### **Суброгација**

Ако една од договорните страни или некое од неа овластено трето лице изврши плаќања на своите инвеститори врз основа на гаранција за одредена инвестиција на територијата на другата договорна страна, тогаш другата договорна страна го признава преносот на сите права, побарувања и обврски на овие инвеститори по силата на законот или врз основа на правна сделка во корист на првоименуваната договорна страна или на третото лице овластено од неа, не навлегувајќи во правата на првоименуваната договорна страна од член 10. Понатаму, другата договорна страна ѝ го признава на првоименуваната договорна страна или на третото лице овластено од неа користењето на сите тие права, побарувања (пренесени побарувања) и обврски кои првоименуваната договорна страна или од неа овластеното трето лице има право да ги остварува во ист обем, како и нејзиниот правен претходник. За трансферот на плаќањата врз основа на пренесени побарувања соодветно важи член 4, став 2 до 4 и член 5.

#### **Член 7**

##### **Спроведување на трансферот**

(1) Трансферите според член 4, ставови 2 до 4, член 5 или 6 ќе се вршат неодложно во конвертибилна валута по важечкиот курс.

(2) Овој курс не треба значително да отстапува од вкрстениот курс (cross rate), кој се добива од оние пресметковни курсеви кои Меѓународниот монетарен фонд во моментот на плаќањето би ги зел за основа на пресметка на соодветните валути во специјални права на влечење.

(3) Како "неодложно" спроведен во смисла на став 1 се смета трансфер кој се врши во одреден рок кој вообичаено е потребен за почитување на формалностите за трансфер. Рокот започнува да тече со поднесувањето на соодветно барање и во никој случај не смее да биде подолг од два месеци.

#### **Член 8**

##### **Поповолно право**

(1) Ако од правните прописи на едната договорна страна или од меѓународно-правни обврски кои постојат или ќе се основаат покрај оваа Спогодба, произлегува некоја општа или посебна одредба со која на инвестициите на инвеститори на другата договорна страна треба да им се пружи поповолен третман од оној предвиден со оваа Спогодба, тогаш ваквата одредба има предност пред оваа Спогодба во тој обем во кој истата е поповолна.

(2) Секоја договорна страна ќе ја исполнува секоја друга обврска која ја презела во однос на инвестициите на инвеститори на другата договорна страна на својата територија.

#### **Член 9**

##### **Примена на Спогодбата**

Оваа Спогодба важи и за инвестиции кои инвеститорите на едната договорна страна ги извршиле во согласност со правните прописи на другата договорна страна на нејзината територија пред влегувањето во сила на оваа Спогодба. Ова не важи за спорови кои настанале пред влегувањето во сила на оваа Спогодба.

#### **Член 10**

##### **Спорови меѓу договорните страни**

(1) Спорови меѓу договорните страни во врска со толкувањето и примената на оваа Спогодба треба, колку што е можно, да бидат разрешени од страна на владите на двете договорни страни.

(2) Ако некој спор не може да се разреши на овој начин, тој треба да се поднесе на арбитражен суд по барање на една од двете договорни страни.

(3) Арбитражниот суд ќе се формира од случај до случај, при што секоја договорна страна ќе именува по еден член, а двајцата членови ќе се договорот за државјанин на трета држава со која двете договорни страни одржуваат дипломатски односи, како претседател кој се именува од страна на владите на двете договорни страни. Членовите се именуваат во рок од два месеца, а претседателот во рок од три месеци откако едната договорна страна ја известила другата договорна страна дека сака спорот да го поднесе на арбитражен суд.

(4) Во случај на непочитување на роковите наведени во став 3, во недостаток на друг договор секоја од договорните страни може да го замоли Претседателот на Меѓународниот суд да ги изврши потребните именувања. Ако Претседателот има државјанство на една од двете договорни страни или ако е спречен од други причини, именувањето треба да го изврши Потпретседателот. Ако и Потпретседателот има државјанство на една од двете договорни страни или е исто така спречен, тогаш именувањето треба да го изврши следниот член на Судот по ранг кој нема државјанство на една од двете договорни страни.

(5) Арбитражниот суд одлучува со мнозинство гласови. Неговите одлуки се обврзувачки. Секоја договорна страна ги поднесува трошоците на својот член, како и на своето застапување во постапката пред арбитражниот суд; трошоците на Претседателот, како и другите трошоци ги поднесуваат двете договорни страни во еднакви делови. Арбитражниот суд може да донесе одлука за поинаква распределба на трошоците. Инаку, арбитражниот суд сам ја уредува својата постапка.

(6) Ако двете договорни страни се и држави-потписнички на Конвенцијата за решавање на инвестициони спорови меѓу држави и припадници на други држави од 18 март 1965 година, тогаш, земајќи ја предвид одредбата на член 27 став 1 од Конвенцијата, предвидениот арбитражен суд не може да се свика ако меѓу инвеститорот на едната договорна страна и другата договорна страна е постигнат договор по член 25 од Конвенцијата. Со ова останува незасегната можноста да се свика горе предвидениот арбитражен суд во случај на непочитување на одлуката на арбитражниот суд од наведената Конвенција (член 27) или во случај на пренос по сила на закон или врз основа на правна зделка според член 6 од оваа Спогодба.

## Член 11

### Спорови меѓу едната договорна страна и инвеститори на другата договорна страна

(1) Спорови во врска со инвестиции меѓу една од договорните страни и инвеститор на другата договорна страна треба, колку што е можно, да бидат разрешени на пријателски начин меѓу страните во спорот.



(2) Ако спорот не може да се разреши во рок од шест месеци од моментот на неговото јавување од една од двете страни во спорот, тогаш по барање на инвеститорот на другата договорна страна тој ќе биде подложен на арбитражна постапка. Доколку страните во спорот не постигнат друг договор, тој ќе биде подложен на арбитражна постапка во рамките на Конвенцијата за решавање на инвестициони спорови меѓу држави и припадници на други држави од 18 март 1965 година.

(3) Арбитражната пресуда е обврзувачка и не подлежи на други правни средства или правни лекови, освен оние предвидени во наведената Конвенција. Таа ќе се изврши според националното право.

(4) Договорната страна која учествува во спорот, во текот на арбитражната постапка или за време на извршувањето на арбитражната пресуда, нема да изнесе како приговор дека инвеститорот примил обештетување за дел од штетата или за целата штета од осигурувањето.

## Член 12

### Натамошно важење на Спогодбата

Оваа Спогодба важи независно од тоа дали постојат дипломатски или конзуларни односи меѓу двете договорни страни.

## Член 13

### Траење и откажување на Спогодбата

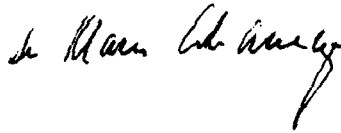
(1) Оваа Спогодба влегува во сила еден месец од денот на кој двете влади меѓусебно се известиле дека се исполнети внатрешните услови за влегувањето во сила. Меридавен е денот на приемот на последната нотификација. Спогодбата останува во сила десет години; по пивниот истек времето на важење се продолжува на неограничено време доколку една од договорните страни писмено не ја откаже Спогодбата во рок од дванаесет месеци пред истекот. По истек на десет години Спогодбата може во секое време да биде откажана во рок од дванаесет месеци.

(2) За инвестиции кои биле извршени до моментот на престанувањето на важењето на оваа Спогодба важат членовите 1 до 12 за натамошните дваесет години од денот на престанувањето на важењето на Спогодбата.

(3) Со влегувањето во сила на оваа Спогодба меѓу договорните страни престанува да важи Спогодбата за заемна заштита и поттикнување на инвестиции склучена на 10 јули 1989 година меѓу Социјалистичка Федеративна Република Југославија и Сојузна Република Германија.

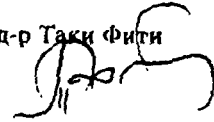
Составено во Охрид, на ден 10 септември 1996 година, во два оригинала, секој на германски јазик и македонски, при што секој од текстовите е еднакво обврзувачки.

За Владата на  
Сојузна Република Германија  
д-р Клаус Шрамаер



За Македонската Влада

д-р Таки Фити



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MACEDONIAN GOVERNMENT CONCERNING THE ENCOURAGEMENT AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Government of the Federal Republic of Germany  
and

the Macedonian Government

Desiring to intensify economic cooperation between the two States,

Intending to create favourable conditions for investments by investors of either State in the territory of the other State,

Recognizing that the encouragement and treaty protection of such investments will tend to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

*Article 1. Definitions*

1. The term "investments" comprises assets of all kinds, in particular:
  - (a) Ownership of movable and immovable property, and other rights in rem, such as mortgages, liens and pledges;
  - (b) Shares in companies and other kinds of interest in companies;
  - (c) Claims to money or other performance related to an investment;
  - (d) Intellectual property rights, in particular copyrights, patents, utility models, industrial or commercial designs and models, trademarks, trade names, trade and business secrets, technical processes, know-how and goodwill; and
  - (e) Concessions granted under public law, including concessions to prospect for and extract natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested shall not affect their classification as investment. The term "investments" does not include receivables resulting from business transactions involving the purchase of goods or services or loans, except for loans that, by their purpose and scope, have the character of a shareholding (shareholder loans).

2. The term "returns" means amounts yielded by an investment and in particular profit shares, interest, dividends, royalties or fees.

3. The term "investors" means "nationals" and "companies" of either Contracting Party, as follows:

- (a) "Nationals":
  - (i) As regards German nationals:

Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;  
and

(ii) As regards Macedonian nationals:  
nationals of the Macedonian Republic.

(b) "Companies" as regards both Contracting Parties:

any legal person and any commercial or other company or association, with or without legal personality, having its headquarters in either Contracting Party, whether or not its activities are for profit.

Without prejudice to other procedures for determining nationality, any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of a Contracting Party shall be regarded as a national of that Contracting Party.

4. The term "territory" means:

(a) As regards German territory:

German territory including the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the exercise of sovereign rights or jurisdiction in those areas,

(b) As regards Macedonian territory:

Macedonian land, sea and air territory over which the Macedonian Government exercises sovereign rights or jurisdiction under international law.

#### *Article 2. Promotion and admission of investments*

1. Each Contracting Party shall as far as possible encourage investments from the other Contracting Party in its territory and shall admit such investment in accordance with its legislation. It shall in any case accord such investments fair and equitable treatment.

2. Neither Contracting Party shall in any way impair by arbitrary or discriminatory measures the management, employment, use or enjoyment of investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

3. Investments made in the territory and in keeping with the legislation of either Contracting Party by investors of the other Contracting Party shall enjoy full protection under the Agreement. This shall also apply to returns on the investment and, in the event of reinvestment of these returns, to returns on the reinvestment.

4. As regards the transport of goods and persons related to an investment, the Contracting Party shall neither exclude nor impede the transport enterprises of the other Contracting Party and, shall issue transport authorizations to the extent that they are necessary.

#### *Article 3. Treatment of investments and investors*

1. Each Contracting Party shall treat investments made in its territory and owned or controlled by investors of the other Contracting Party no less favourably than it treats investments of its own investors or investors of a third State. The same shall apply to investors' activities in connection with an investment.

2. The treatment referred to in paragraph 1 shall not include privileges that either Contracting Party accords to investors of third States on account of their membership in or association with a customs or economic union, a common market or a free trade area. The same shall apply to tax advantages based on existing or future double-taxation agreements or other agreements regarding matters of taxation.

3. "Activity" in the sense of paragraph 1 shall refer particularly but not exclusively to the management, employment, use or enjoyment of an investment. "Less favourable" treatment in the sense of paragraph 1 shall refer in particular to unequal treatment with regard to restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, energy and fuel, and production and operating materials of any kind; unequal treatment with regard to impediments to the sale of products domestically, or abroad; and other measures with a similar effect. Measures taken for reasons of public safety and order, public health or morality shall not be considered "less favourable" treatment in the sense of paragraph 1.

4. The provisions of this article shall not oblige a Contracting Party to extend tax privileges, exemptions and relief that under the tax laws are accorded only to natural persons and companies resident in its territory to natural persons and companies established in the territory of the other Contracting Party.

5. The Contracting Parties shall consider favourably under their national legislation applications for the entry and stay of persons from one Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment. The same shall apply to workers from one Contracting Party who enter and stay in the territory of the other Contracting Party in order to perform work there in connection with an investment. Applications for work permits shall also be considered favourably.

#### *Article 4. Protection of property*

1. Each Contracting Party shall accord full protection and security in its territory to investments made in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party.

2. Investments by investors of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the market value of the expropriated investment immediately prior to the date on which the actual or threatened expropriation, nationalization or comparable measure became publicly known. The compensation shall be paid without delay and shall earn the usual bank interest, which may not be lower than the LIBOR rate, until the date of payment; it must be effectively realizable and freely transferable. Arrangements must have been made in an appropriate manner by the time of expropriation, nationalization or comparable measure for the determination and payment of such compensation. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

3. A claim to compensation shall also exist when State measures resulting in intervention in the company in which the investment is made significantly diminish its economic value.

4. Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or revolt shall be accorded treatment no less favourable by such other Contracting Party than that Party accords its own investors as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

5. Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters covered in this article.

#### *Article 5. Transfer*

Each Contracting Party shall guarantee investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular of:

- (a) The principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) Returns in the sense of article 1, paragraph 2;
- (c) Repayment of loans extended in connection with investments;
- (d) Proceeds from the liquidation or sale of all or part of the investment;
- (e) The compensation provided for in article 4; and
- (f) Income from an activity in connection with an investment.

#### *Article 6. Subrogation*

If either Contracting Party or a third party authorized by it makes a payment to any of its investors under a guarantee in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the second Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 10, recognize the assignment, by operation of law or by a legal transaction, of all rights, claims or obligations of such investor to the first Contracting Party or the third party authorized by it. The second Contracting Party shall also recognize the subrogation of the first Contracting Party or the third party authorized by it to all such rights, claims (assigned claims) or obligations, which the first Contracting Party or the third party authorized by it shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments by virtue of such assigned claims, article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply mutatis mutandis.

#### *Article 7. Execution of transfers*

1. Transfers under article 4, paragraphs 2 and 3, and articles 5 and 6 shall be made in convertible currency without delay at the exchange rate then prevailing.

2. This exchange rate shall not differ significantly from the cross rate resulting from the conversion rates that the International Monetary Fund would at the time of payment use as a basis for conversion of the currencies concerned to special drawing rights.

3. A transfer shall be regarded as carried out "without delay" in the sense of paragraph 1 if it takes place within the time period normally required for fulfilment of transfer formalities. The period shall begin with the submission of the appropriate application and may under no circumstances exceed two months.

*Article 8. More favourable law*

1. If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law now existing or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain provisions, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such provisions shall prevail over this Agreement to the extent that they are more favourable.

2. Each Contracting Party shall fulfil any other commitment that it may have assumed with regard to investments made in its territory by investors of the other Contracting Party.

*Article 9. Scope of the Agreement*

This Agreement shall also apply to investments made prior to its entry into force by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party consistent with the latter's legislation. This shall not apply to disputes that may have arisen prior to the entry into force of this Agreement.

*Article 10. Disputes between the Contracting Parties*

1. Disputes between the Contracting Parties regarding the interpretation or application of this Agreement shall be settled, as far as possible, by the Governments of the two Contracting Parties.

2. If a dispute cannot be settled in this way, it shall be submitted to an arbitral tribunal at the request of either Contracting Party.

3. The arbitral tribunal shall be constituted on an ad hoc basis as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and the two members thus appointed shall agree upon a national of a third country to act as chairman, who shall be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members must be appointed within two months, and the Chairman within three months, from the date on which either Contracting Party notifies the other Contracting Party of its intention to submit the dispute to arbitration.

4. If the time limits specified in paragraph 3 have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other agreement, request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the appointments. If the Vice-President is a national of either

Contracting Party or is also prevented from discharging the function, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make the appointments.

5. The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its representation in the arbitral proceedings. The cost of the Chairman and the remaining costs shall be shared equally by the Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different ruling concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

6. If both Contracting Parties are also States parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States, the arbitral tribunal provided for above may, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1, of the Convention, not be appealed to if an agreement under article 25 of the Convention has been reached between the investor of a Contracting Party and the other Contracting Party. This shall not affect the possibility of appealing to such an arbitral tribunal in the event of non-compliance with a decision of an arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) or in the event of transfer by operation of law or by a legal transaction under article 6 of this Agreement.

*Article 11. Disputes between a Contracting Party and investors of the other Contracting Party*

1. Disputes concerning investments between either of the Contracting Parties and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably by the parties to the dispute.

2. If it has not been possible to settle the dispute within a period of six months from the date on which the issue was raised by either party to the dispute, it may be submitted to arbitration at the request of the investor of the other Contracting Party. Unless the parties to the dispute agree otherwise, the dispute shall be submitted to arbitration in accordance with the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States.

3. The arbitral award shall be binding and shall not be subject to any appeal or to any other remedy except those provided for in the Convention. It shall be enforced in accordance with domestic law.

4. During arbitral proceedings or during the enforcement of an arbitral award, the Contracting Party involved in the dispute may not raise the objection that the investor of the other Contracting Party has received compensation under an insurance policy for all or part of the damage.

*Article 12. Continued applicability*

This Agreement shall apply regardless of whether diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.



*Article 13. Duration and termination of the Agreement*

1. This Agreement shall enter into force one month from the date the Contracting Parties have notified each other that the domestic requirements for its entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the date of receipt of the last of the notifications. It shall remain in force for a period of 10 years and shall be extended thereafter for an indefinite period unless denounced in writing by either Contracting Party 12 months prior to expiration. After that 10-year period this Agreement may be denounced at any time upon 12 months' notice.

2. In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of articles 1 to 12 shall continue to be effective for a further period of 20 years from the date of termination of the Agreement.

3. Upon the entry into force of this Agreement, the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia concerning the Reciprocal Protection and Encouragement of Investments signed on 10 July 1989 shall cease to be in force between the Contracting Parties.

DONE at Ohrid on 10 September 1996 in duplicate in the German and Macedonian languages, both texts being authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

KLAUS SHRAMEYER

For the Macedonian Government:

TAKI FITI

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE  
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE L'EX-RÉPUBLIQUE DE  
MACÉDOINE RELATIF À LA PROMOTION ET À LA PROTECTION  
MUTUELLE DES INVESTISSEMENTS

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de l'ex-République de Macédoine (ci-après dénommés les "Parties contractantes"),

Désireux d'intensifier la coopération économique entre les deux États;

Entendant créer des conditions favorables aux investissements effectués par des investisseurs d'un État sur le territoire de l'autre État,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection réciproques de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'accroître la prospérité dans les deux pays.

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier. Définitions*

1. Le terme "investissement" comprend les avoirs de toute nature, en particulier :

a) Les biens meubles et immeubles, ainsi que tout autre droit réel tel qu'hypothèque, lien et gage;

b) Les actions dans des sociétés et autres formes de participation au capital des sociétés;

c) Les créances pécuniaires ou relatives à des prestations présentant une valeur économique liées à un investissement;

d) Les droits de propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, les brevets, les modèles d'utilité, les dessins et modèles industriels ou commerciaux, les marques de fabrique, les appellations commerciales, les secrets commerciaux et industriels, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions de droit public, y compris les concessions relatives à la prospection ou à l'extraction de ressources naturelles.

Toute modification de la forme sous laquelle les avoirs sont investis n'affecte pas leur caractère d'investissement. Le terme "investissement" ne comprend pas les créances résultant de transactions commerciales relatives à l'achat de biens ou de services ou de prêts, à l'exception de prêts qui, dans leur objet et leur portée, ont le caractère de participation (prêts d'actionnaire).

2. Le terme "revenus" désigne les sommes rapportées par un investissement, notamment les gains, les intérêts, les dividendes, les redevances ou les honoraires.

3. Le terme "investisseurs" désigne des "ressortissants" ou des "sociétés" de l'une ou l'autre des Parties contractantes, comme suit :

a) Le terme "ressortissants" :

i) En ce qui concerne les ressortissants allemands :

Les Allemands au sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

ii) En ce qui concerne les ressortissants de l'ex-République de Macédoine :

Toute personne possédant la nationalité de l'ex-République de Macédoine;

b) Le terme "entreprises" en ce qui concerne les deux Parties contractantes :

Toute personne morale ainsi que toute société ou association commerciale ou autre, dotée ou non d'une personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de l'une des Parties contractantes, que ses activités aient ou non un caractère lucratif.

Sans préjudice des autres procédures permettant de déterminer la nationalité, toute personne possédant un passeport national délivré par les autorités compétentes d'une Partie contractante est reconnue comme étant un ressortissant de ladite Partie contractante.

4. Le terme "territoire" désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne :

Le territoire allemand, y compris les zones de la zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international autorise l'exercice de droits souverains ou d'une juridiction dans ces zones;

b) En ce qui concerne l'ex-République de Macédoine :

Le territoire terrestre macédonien, les eaux territoriales et l'espace aérien sur lesquels le Gouvernement de l'ex-République de Macédoine exerce ses droits souverains ou sa juridiction en vertu du droit international.

#### *Article 2. Promotion et admission des investissements*

1. Chaque Partie contractante encourage, dans la mesure du possible, les investissements de l'autre Partie contractante sur son territoire et admet ces investissements conformément à sa législation. Dans tous les cas, elle accorde auxdits investissements un traitement juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice de quelque manière, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, à la gestion, au maintien, à l'utilisation ou la jouissance des investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

3. Les investissements effectués par les investisseurs d'une Partie contractante sur le territoire de l'autre Partie contractante, conformément à sa législation, jouissent en tout temps d'une protection en vertu du présent Accord. Il en va de même pour les revenus tirés de l'investissement et, dans le cas de réinvestissement de ces revenus, aux revenus tirés dudit réinvestissement.

4. En ce qui concerne le transport de marchandises et de personnes en relation avec un investissement, la Partie contractante accorde le libre choix de l'entreprise de transport de l'autre Partie contractante et délivre les autorisations nécessaires pour le transport.

*Article 3. Traitement des investissements et des investisseurs*

1. Chaque Partie contractante accorde aux investissements effectués sur son territoire et détenus ou contrôlés par des investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres investisseurs ou d'investisseurs d'un État tiers. Le même traitement s'applique aux activités des investisseurs relatives à un investissement.

2. Le traitement visé au paragraphe 1 ne s'applique pas aux privilèges que l'une des Parties contractantes accorde aux investisseurs d'un État tiers en raison de leur adhésion ou de leur association à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange. Le même traitement s'applique à des avantages fiscaux sur la base d'accords existants ou futurs relatifs à la double imposition ou à d'autres accords portant sur des questions fiscales.

3. Le terme "activité" au sens du paragraphe 1 réfère en particulier mais non exclusivement à la gestion, à l'entretien, à l'utilisation ou à la jouissance d'un investissement. Un traitement "moins favorable" au sens du paragraphe 1 se réfère en particulier à un traitement non équitable concernant les restrictions sur l'achat de matières premières ou auxiliaires, d'énergie et de combustible, de matériels de production et d'exploitation de toute sorte; un traitement non équitable concernant les obstacles à la commercialisation de produits à l'intérieur du pays ou à l'étranger; et d'autres mesures ayant un effet similaire. Des mesures prises pour des raisons d'ordre et de sécurité publics, de santé ou de moralité publiques, ne sont pas réputées relever d'un traitement "moins favorable" au sens du paragraphe 1.

4. Les dispositions du présent article n'obligent pas une Partie contractante à étendre aux personnes physiques et aux entreprises établies dans le territoire de l'autre Partie contractante, les privilèges, exemptions et allègements fiscaux qu'elle accorde aux personnes physiques et entreprises résidant sur son territoire.

5. En vertu des dispositions de leur législation nationale, les Parties contractantes considèrent favorablement l'entrée et le séjour de personnes de l'une des Parties contractantes qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante en relation avec un investissement. Il en va de même pour les travailleurs de l'une des Parties contractantes qui entrent et séjournent sur le territoire de l'autre Partie contractante afin d'y effectuer un travail en relation avec un investissement. Les demandes de permis de travail sont également considérées favorablement.

*Article 4. Protection des investissements*

1. Chaque Partie contractante accorde une protection et une sécurité entières sur son territoire aux investissements effectués conformément à sa législation par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

2. Les investissements d'investisseurs de l'une ou l'autre des Parties contractantes ne sont pas expropriés, nationalisés ou assujettis à toute autre mesure ayant un effet équivalent à une expropriation ou nationalisation par l'autre Partie contractante, si ce n'est pour le bien public et moyennant le versement d'une indemnité. Ladite indemnité doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiate-

ment avant la date à laquelle l'expropriation, la nationalisation ou des mesures comparables effectives ou imminentes ont été annoncées publiquement. L'indemnité est versée dans les meilleurs délais au taux d'intérêt bancaire applicable jusqu'au moment du paiement, lequel n'est en aucun cas inférieur au taux LIBOR; elle est effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées auront été prises au moment de l'expropriation, de la nationalisation ou de mesures comparables en vue de fixer le montant de l'indemnité et son paiement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou de mesures comparables et le montant de l'indemnité bénéficieront des garanties d'une procédure régulière.

3. Une demande d'indemnité s'applique également lorsque des mesures d'intervention de l'État dans l'entreprise dans laquelle l'investissement est effectué affaiblissent sa valeur économique de manière significative.

4. Les investisseurs de l'une ou l'autre des Parties contractantes dont les investissements ont subi des pertes dans le territoire de l'autre Partie contractante en raison d'une guerre ou autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une révolte bénéficient d'un traitement non moins favorable de cette autre Partie contractante que celui qu'elle accorde à ses propres investisseurs en matière de restitution, d'indemnisation, de compensation ou autre règlement important. Lesdits versements sont librement transférables.

5. Les investisseurs de l'une ou l'autre des Parties contractantes jouissent du traitement de la nation la plus favorisée dans le territoire de l'autre Partie contractante en ce qui concerne les questions visées au présent article.

#### *Article 5. Transfert*

Chaque Partie contractante garantit aux investisseurs de l'autre Partie contractante le libre transfert des sommes relatives à un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'accroissement de l'investissement;
- b) Les revenus prévus au paragraphe 2 de l'article premier;
- c) Le remboursement des prêts liés aux investissements;
- d) Le produit de la liquidation ou de la vente totale ou partielle d'un investissement;
- e) Des indemnités visées à l'article 4;
- f) Le revenu d'une activité liée à un investissement.

#### *Article 6. Subrogation*

Si l'une des Parties contractantes ou une tierce partie qu'elle a désignée verse un montant à l'un de ses investisseurs en vertu d'une garantie donnée relativement à un investissement effectué sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière, sans préjudice du droit que confère l'article 10 à la première Partie contractante, reconnaît la cession de tous droits, réclamations ou obligations dudit investisseur de la première Partie contractante ou de la partie désignée à la première Partie contractante en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. La deuxième Partie contractante reconnaît en outre la subrogation

de la première Partie contractante ou de la partie désignée dans lesdits droits, réclamations (réclamations assignées) ou obligations, et qu'elle, ou la partie désignée, sont habilitées à les exercer dans la même mesure que son prédécesseur en titre. En ce qui concerne le transfert des paiements en vertu desdites réclamations assignées, les paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et l'article 5 s'appliquent mutatis mutandis.

*Article 7. Exécution des transferts*

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 sont effectués sans délai en monnaie librement convertible, au taux de change en vigueur à la date du transfert.

2. Ce taux de change ne doit pas être significativement différent du taux croisé résultant des taux de conversion sur lesquels se base le Fonds monétaire international au moment du paiement pour la conversion des devises concernées en droits de tirage spéciaux.

3. Au sens du paragraphe 1, un transfert est considéré comme ayant été effectué "sans délai" lorsqu'il a été effectué au cours de la période normalement nécessaire à l'accomplissement du transfert. Ladite période commence au moment de la présentation de l'application appropriée et ne peut en aucun cas excéder deux mois.

*Article 8. Traitement de la nation la plus favorisée*

1. Si la législation de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou les obligations en vertu du droit international existantes ou établies par la suite entre les Parties contractantes contiennent, outre celles du présent Accord, des dispositions générales ou spécifiques accordant aux investissements effectués par des investisseurs de l'autre Partie contractante, un traitement plus favorable que celui qui est prévu au présent Accord, lesdites dispositions, dans la mesure où elles s'avèrent plus favorables, l'emportent sur les dispositions du présent Accord.

2. Chaque Partie contractante s'acquitte de toute obligation contractuelle qu'elle a pu contracter relativement aux investissements effectués sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

*Article 9. Portée de l'Accord*

Le présent Accord s'applique également aux investissements effectués avant son entrée en vigueur par des investisseurs de l'une des Parties contractantes dans le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de cette dernière. Cette disposition ne s'applique pas aux différends qui ont pu surgir avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

*Article 10. Différends entre les Parties contractantes*

1. Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord sont réglés, dans la mesure du possible, par les gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être ainsi réglé, il est soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral est constitué pour chaque cas spécifique de la manière suivante : chaque Partie contractante désigne un arbitre et ces deux arbitres choisissent un ressortissant d'un pays tiers en tant que président qui doit être nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les arbitres doivent être nommés dans un délai de deux mois et le président dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle l'une des deux Parties contractantes a informé l'autre Partie contractante de son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, à en l'absence de tout autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché de s'acquitter de cette fonction, le Vice-Président procède aux nominations nécessaires. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est lui-même empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre le plus ancien de la Cour internationale de Justice qui n'est le ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations nécessaires.

5. Le tribunal statue à la majorité des voix. Ses décisions ont force exécutoire. Chaque Partie contractante prend à sa charge les honoraires de son propre arbitre et les coûts de sa représentation dans les procédures arbitrales. Les honoraires du Président et les autres coûts sont partagés à égalité entre les Parties contractantes. Le tribunal arbitral peut établir un règlement différent concernant les coûts. Sauf décision contraire, le tribunal arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également des États parties à Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortissants d'autres États, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'article 27 de ladite Convention, si l'investisseur de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visée à l'article 27 de ladite Convention n'est pas respectée, ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Accord.

*Article 11. Différends entre une Partie contractante et des investisseurs de l'autre Partie contractante.*

1. Tout différend relatif à un investissement entre l'une des Parties contractantes et un investisseur de l'autre Partie contractante est dans la mesure du possible réglé à l'amiable entre les parties au différend.

2. En l'absence d'un tel règlement dans un délai de six mois à partir de la date à laquelle la demande a été soumise par l'une des Parties au différend, il peut être soumis à l'arbitrage, à la requête de l'investisseur de l'autre Partie contractante. À moins que les parties au différend n'en conviennent autrement, le différend est soumis à une procédure d'arbitrage con-

formément à la Convention relative au règlement des différends en matière d'investissements entre États et ressortissants d'autres États du 18 mars 1965.

3. La sentence arbitrale a force obligatoire et n'est soumise à aucun autre recours ou autre moyen de droit que ceux qui sont prévus dans la Convention. Elle est exécutée selon les dispositions de la législation interne.

4. Au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, la Partie contractante concernée par le différend ne fera pas valoir le fait que l'investisseur de l'autre Partie contractante a obtenu au titre de l'assurance une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage.

*Article 12. Applicabilité continue*

Le présent Accord s'applique indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

*Article 13. Durée et dénonciation de l'Accord*

1. Le présent Accord entre en vigueur un mois suivant la date à laquelle les Parties contractantes se sont notifiées de l'accomplissement des procédures requises pour son entrée en vigueur. La date effective est la date de réception de la dernière des notifications. Il demeurera en vigueur pendant 10 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation écrite par l'une des Parties contractantes douze mois avant la date d'expiration. Après dix ans, le présent Accord pourra être dénoncé à tout moment moyennant un préavis de douze mois.

2. En ce qui concerne les investissements effectués avant la date de dénonciation du présent Accord, les dispositions des articles 1 à 12 resteront en vigueur pendant une période supplémentaire de vingt ans à partir de la date de la dénonciation du présent Accord.

3. Au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord, le Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République socialiste fédérale de Yougoslavie relatif à la protection réciproque et à la promotion des investissements, signé le 10 juillet 1989, cesse d'être en vigueur entre les Parties contractantes.

Fait à Ohrid, le 10 septembre 1996, en double exemplaire en langues allemande et macédonienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

KLAUS SHRAMEYER

Pour le Gouvernement de l'ex-République de Macédoine :

TAKI FITI